

Kommentar

Menschenrecht auf Wasser schadet dem Geschäft

von Uwe Hoering

22.März 2009: Wieder hat es nicht geklappt! Beim 5. Weltwasserforum, das heute, am Weltwassertag, in Istanbul zu Ende ging, konnten sich die Delegierten nicht dazu durchringen, ein „Menschenrecht auf Wasser“ anzuerkennen. Stattdessen betrachten sie die Versorgung mit dem lebenswichtigen Gut lediglich als ein „menschliches Grundbedürfnis“.

Den Widerstand könnte man damit erklären, dass sich das Weltwasserforum, organisiert vom *World Water Council*, für nicht zuständig hält. Das wäre verständlich. In der Tat ist es nicht demokratisch legitimiert. Zwar gibt es sich gerne als eine Art repräsentative Weltregierung in Wasserfragen, mit Vertretern aus 150 Ländern, von Regierungen und Parlamenten, von internationalen Organisationen und Unternehmen. Doch genau genommen ist es eine private Veranstaltung der Wasserindustrie – und Wirtschaft und Recht sind nun mal unterschiedliche Bereiche, oder?

Verwunderlich ist es dennoch. Denn verbal streitet kaum noch jemand offen gegen ein Menschenrecht auf Wasser. Selbst der Präsident von AquaFed, einem internationalen Verband privater Wasserunternehmen, sprach sich in Istanbul dafür aus. Ein Votum dieser mächtigen, einflussreichen Veranstaltung wäre allemal ein Signal an die Adresse derer gewesen, die Recht setzen können – an zaudernde Regierungen zum Beispiel. Oder an die Vereinten Nationen, wo der Prozess, Wasser in die Liste der Menschenrechte aufzunehmen, nur mühsam voran kommt.

Überhaupt: Was wäre so schlimm daran, ein Menschenrecht auf Wasser einzuräumen? Was ist der Unterschied zu einem „Grundbedürfnis“, das ja auch befriedigt werden muss, wenn die Menschen nicht verdursten sollen? Schließlich geht es doch nur um einen Bruchteil des insgesamt verfügbaren Wassers, um 20 oder 30 Liter pro Person am Tag zum Trinken und Kochen, um etwas Wasser für sanitäre Einrichtungen. Da bleibt doch wahrlich genug übrig für Landwirtschaft, Industrie und Swimmingpools, genug, um mit Wasser Gewinne zu machen.

Ein Menschenrecht auf Wasser würde die Regierungen in die Pflicht nehmen. Und mit ihnen die Versorger, private genauso wie öffentliche. Flugs würden damit aus passiven Konsumenten, Kunden oder gar Bittstellern Kläger, die vor Gericht ihr Recht einfordern können. Eine solche Perspektive scheuen viele Regierungen und Unternehmen gleichermaßen anscheinend wie der Teufel das Weihwasser.

Denn damit wird eine wenn auch kleine Bresche in die Vorstellung von Wasser als einem Wirtschaftsgut geschlagen, für die sich Industrie, *World Water Council* und Weltbank seit Jahren stark machen. Ein Menschenrecht auf Wasser bedeutet, das lebenswichtige Gut zur Not auch kostenlos abgeben zu müssen – wie bereits in Südafrika. Münz-Wasserzähler wären eine Menschenrechtsverletzung! Das Menschenrecht auf Wasser kann auch dazu führen, die Wasserversorgung als öffentliche Dienstleistung gesetzlich festzuschreiben – wie bereits in Uruguay und den Niederlanden geschehen. Wenn das Schule machen würde, dann ginge es an's Eingemachte für die Wasserkonzerne – an ihre Geschäfte. Denn schließlich ist Wasser 'Big Business'. Kein Wunder, dass sie sich sträuben. Und Widerstand mobilisieren.